Die Ratingagentur Standard & Poor's hat die Bewertung Griechenlands am Dienstag von „BB+" auf „BB-" gesenkt, eine weitere Herabstufung sei möglich. Laut Medien könnte das Defizit Griechenlands für 2010 bei mehr als zehn Prozent liegen. Auch die Benotung Portugals wurde von „BBB" auf „BBB-" gesenkt – eine Stufe über Ramschniveau. Trotzdem werde Portugal von der Beobachtungsliste mit negativem Ausblick genommen, hieß es.

RLB will zehn Prozent an der Amag übernehmen

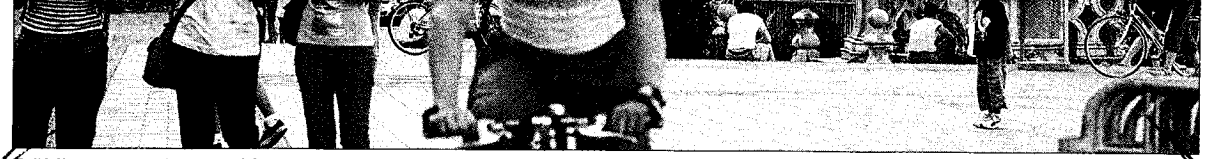
Beim Börsegang des oberösterreichischen Aluminiumkonzerns Amag will die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich nach eigenen Angaben einen Anteil von bis zu zehn Prozent übernehmen. Die Amag sei ein wichtiger Leitbetrieb in der Region, den Standort müsse man sichern, so Generaldirektor Ludwig Scharinger.

Raiffeisen: Anleihe über 1,5 Mrd. Euro in Rumänien

Die Raiffeisen Bank International will über ihre Tochter Raiffeisen Bank Romania Anleihen in Rumänien begeben. Das rumänische Institut werde im April um ein Programm mit dem Volumen von 1,5 Mrd. Euro ansuchen. Derzeit erhält Raiffeisen Bank Romania den Großteil ihrer Mittel aus Wien.

Boc: „Riesiger Schaden" durch Verkauf an OMV

Der Verkauf des Öl- und Gaskonzerns Petrom an die österreichische OMV habe „der rumänischen Wirtschaft einen riesigen Schaden zugefügt", sagte Rumäniens Regierungschef Emil Boc. Anlass der erneuten Kritik ist die Schließung einer Raffinerie im Süden des Landes. Unmut erregen auch die stark gestiegenen Benzinpreise. Sprit war in Rumänien zuletzt teilweise teurer als in Westeuropa.



Frühlingssonne in Linz: Die Stadtfinanzen der oberösterreichischen Hauptstadt liegen im Argen. [Fabry]

Stadt Linz plant Klage gegen Bawag: „Arglist und Wucher"

Swap. Nach missglückten Spekulationen stehen 264 Mio. Euro auf dem Spiel.

[WIEN/RED./GAU/GEME] Was ist ein Swap? Nur wenige Bürgermeister werden diese Frage einigermaßen treffsicher beantworten können. Und doch bereiten vielen von ihnen die spekulativen Wetten ihrer Kämmerer mit listigen Bankern schlaflose Nächte. Aus Sorge vor dem finanziellen Kollaps, aus Angst vor der Rache der Wähler – und aus Zorn auf das Finanzinstitut, das ihnen das brandgefährliche Geschäft eingeredet hat.

So geschah es in 90 Kommunen in Niederösterreich, in der Mehrzahl vermittelt von der Raiffeisenlandesbank. So war es im Burgenland, wo sich die Bank Austria mit protestierenden Gemeinden vergleichen musste. Und nun geht es, mit anderen Dimensionen und der Bawag als Wettpartner, um Linz. Am gestrigen Dienstag trat dort die Stadtregierung die Flucht nach vorne an.

Für einen missglückten Frankenswap aus dem Jahr 2007 soll die Bawag büßen, die das Geschäft empfohlen hat. Gefordert wird Rückabwicklung und Schadenersatz wegen „mangelnder Risikoaufklärung, Wucher und arglistiger Täuschung". Die Bawag weist die Vorwürfe „entschieden zurück" und sieht einer Klage „gelassen entgegen". Die Stadt habe das Risiko verstanden, sich darüber „laufend informiert" und damit „in Kauf genommen". Linz gesteht aber nur einen kleinen Anteil an Eigenschuld ein, und der hat einen Namen: Werner Penn. Der Finanzdirektor soll den Deal „im Alleingang" durchgezogen haben. Er muss den Sessel räumen. Sein Vorgesetzter, der politisch verantwortliche Finanzstadtrat Mayr, bleibt im Amt. Der Schaden: 264 Mio.

Wie konnte es dazu kommen? 2005 sattelte die Stadt bestehende 135 Mio. Euro Schulden auf eine Frankenanleihe um. Zwei Jahre später kam es zum Deal mit der Bawag – angeblich nur als „zins- und kurssichernde Maßnahme" für die Anleihe, wie die Stadt beteuert. Dafür bot die Bank einen Währungsswap an, den Penn unterschrieb. Im schlimmsten Fall könnte ein Verlust von fünf Mio. Euro entstehen, habe der Beamte dem Finanzausschuss gemeldet.

Deutsches Urteil macht Linz Mut

In den ersten drei Jahren lief alles gut. Die Wette auf den Franken-Kurs brachte der Stadt Einnahmen. Doch dann kam das Jahr 2010 und der unerwartete Höhenflug der Schweizer Währung. Das Blatt wendete sich zugunsten der Bank als Wettpartner. Zehn Mio. Euro musste die Stadt bereits zähneknirschend an Ausgleichszahlung leisten – der nächste Zahltag ist im April. Linz will nur noch raus aus dem Geschäft. Es wird verhandelt, und die Bawag bewertet den Swap: Mit 264 Mio. Euro könnte sich Linz mit Stand Februar freikaufen.

Damit würde die „Absicherung" der Anleihe fast das Doppelte ihres Wertes verschlingen. Nun müssen Gutachten her: Ein Versicherungsmathematiker rechnet nach, dass das Risiko von Anfang an höchst ungleich verteilt gewesen sei – im Verhältnis 1:4 zugunsten der Bank. Und der Anwalt der Stadt meint, das Geschäft sei nie bindend gewesen, weil ein Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2004 so etwas verbiete.

Auch Bürgermeister Franz Dobusch (SPÖ) zieht sich aus der Affäre: Er habe nur einen „Rahmenvertrag über Finanzgeschäfte" unterschrieben, den Penn ihm vorgelegt habe. Ist sein Mitarbeiter ein Bauernopfer? Fest steht der schwere Imageschaden für die Stadt-Koalition von SPÖ und ÖVP, der den politischen Gegnern eine breite Angriffsfläche bietet. Für die Klage aber macht ein Urteil aus Deutschland Mut: Dort haben Höchstrichter vergangene Woche einer Firma recht gegeben, die bei einem Zinsswap mit der Deutschen Bank den Kürzeren gezogen hatte. Eine Flut an Klagen dürfte folgen.

Mutterkonzern in die roten Zahlen reißen. Die Geschäftszahlen der Casinos Austria werden erst heute, Mittwoch, veröffentlicht.

Die erwartete „Revolution" trat beim CAI-Aufsichtsrat am Dienstag aber dennoch nicht ein. Die beiden Geschäftsführer Paul Herzfeld und Josef Leutgeb dürfen ihre Posten behalten. Sie sollen den bereits eingeschlagenen Sanierungskurs weiter fortsetzen. Als Grund dafür werden die zuletzt besseren Quartalsergebnisse genannt.

„Ende der goldenen Zeiten"

„Die CAI hatte ein dauerndes Wachstum, weshalb man sich keine Gedanken über die Strukturen machen musste. Diese goldenen Jahre sind nun vorbei", fasst Casinos-Sprecher Martin Himmelbauer das nun beschlossene Sanierungskonzept zusammen. So sollen vor allem die Sach- und Personalkosten durchforstet und reduziert werden. Dies bedeute aber nicht, dass von den rund 7300 Mitarbeitern ein vordefinierter Anteil auf jeden Fall seinen Hut nehmen müsse, so Himmelbauer weiter.

Als zweiten Punkt sollen Herzfeld und Leutgeb „konzerninterne Synergien" besser nutzen – etwa durch eine engere Zusammenarbeit im Online-Geschäft mit den Schwestergesellschaften win2day und tipp3. Zu guter Letzt sollen Kooperationen mit regionalen Partnern ausgebaut werden. Dabei soll es auch die Möglichkeit einer Ausgabe von Anteilen geben. Die Suche nach einem globalen Partner für CAI, die im Vorjahr abgesagt wurde, werde aber nicht wieder aufgenommen.

Mit diesem Konzept soll die CAI heuer bereits wieder ein positives Ebitda und 2012 ein positives Betriebsergebnis (Ebit) erzielen. 2013 soll es dann auch wieder unter dem Strich schwarze Zahlen geben.

Österreicher sind 22 Jahre in Pension